



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 12.10.2021**

öffentlich

Ort: **Konzerthalle Ulrichskirche,
Christian-Wolff-Straße 2,
06108 Halle (Saale),**

Zeit: **17:00 Uhr bis 19:29 Uhr**

Anwesenheit: **siehe Teilnehmerverzeichnis**

Anwesend waren:

Christian Feigl	Ausschussvorsitzender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Yvonne Winkler	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Helge Dreher	Sachkundiger Einwohner
Christian Hartwig	Sachkundiger Einwohner
Ingo Kautz	Sachkundiger Einwohner
Ingo Kresse	Sachkundiger Einwohner
Manfred Sommer	Sachkundiger Einwohner
Michael Sprung	Sachkundiger Einwohner
Dr. Thomas Vetter	Sachkundiger Einwohner
Jason Koch	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung:

René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Angelika Foerster	Leiterin Fachbereich Mobilität
Ann-Kristin Georg	Leiterin Team Städtebauliche Projektentwicklung
Jens Otto	Leiter Abteilung Verkehrsplanung
Waldemar Roesler	Leiter Team Verkehrsentwicklung u. Nahverkehr
Simone Trettin	Leiterin Team Freiraumplanung
Anja Mischutin	Grünplanerin Projektsteuerung
Vanessa Gaebel	stellvertretende Protokollführerin

Gast:

Jürgen Maßalsky	Vorsitzender Stadtverband der Gartenfreunde Halle/Saale e. V.
-----------------	--

Entschuldigt fehlten:

Dr. Martin Ernst	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Herr Dirk Gernhardt	Sachkundiger Einwohner

Einwohnerfragestunde

zu **Herr Krüger zur Skate-Anlage in Heide-Süd**

Herr Krüger fragte, ob es Pläne für einen Ersatz der kürzlich entfernten Skate-Anlage in Heide-Süd, nahe des Spielplatzes „Heide-Süd Piraten“ gibt.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Anlage baustandbedingt abgebaut wurde und nicht am gleichen Standort, aber in unmittelbarer Nachbarschaft eine Erweiterung der Skate-Anlage in Halle-Neustadt erfolgt.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Feigl begrüßte den neuen sachkundigen Einwohner, von der Fraktion Die Linke, Jason Koch als neues Mitglied im Planungsausschuss. Er eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Feigl wies auf folgende Änderungen bezüglich der Tagesordnung hin:

TOP 4.2

- hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI vor
- Behandlung unter TOP 4.2.1

Herr Schied regte an, die TOP 4.1 und 4.5 heute als erste Beratung zu betrachten.

Herr Feigl sagte, dass die TOP wie gehabt aufgerufen werden und dann gegebenenfalls ein Vertagungsantrag gestellt werden kann.

Herr Rebenstorf informierte, dass die Verwaltung den TOP 4.9 vertagt und die Beschlussvorlage im November vorgelegt wird.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat Herr Feigl um die Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **bestätigt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

Öffentliche Tagesordnung:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.09.2021
4. Beschlussvorlagen

- 4.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie den Beteiligungsbericht 2020
Vorlage: VII/2021/03114
- 4.2. Bebauungsplan Nr. 92., Biologicum Heideallee/Weinbergweg, 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VII/2021/02686
- 4.2.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Bebauungsplan Nr. 92., Biologicum Heideallee/Weinbergweg, 1. Änderung – Aufstellungsbeschluss (VII/2021/02686)
Vorlage: VII/2021/03229
- 4.3. Geschäftsordnung für den Gestaltungsbeirat (3. Änderung)
Vorlage: VII/2021/02986
- 4.4. Mitgliedschaft im Gestaltungsbeirat 2021 - 2023
Vorlage: VII/2021/02925
- 4.5. Kleingartenkonzeption Halle (Saale), 1. Fortschreibung
Vorlage: VII/2021/02768
- 4.6. Baubeschluss zur Skateanlage Zanderweg
Vorlage: VII/2021/02970
- 4.7. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 143, Kröllwitz, Kreuzvorwerk, 2. Änderung - Satzungsbeschluss
Vorlage: VII/2021/02418
- 4.8. Baubeschluss zum barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen Karl-Ernst-Weg A – C in Halle-Trotha
Vorlage: VII/2021/02918
- 4.9. Stadtbahnprogramm Halle (Saale), Paul-Suhr-Straße - Variantenbeschluss
Vorlage: VII/2021/02912 **VERTAGT**
- 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7. Mitteilungen
- 7.1. Aktueller Stand Straßenbauprojekte
- 7.2. Information zum Stadteingang Frohe Zukunft
- 7.3. Satzung zur Förderung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben für den öffentlichen Personennahverkehr für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/03029
- 7.4. Information zum Variantenbeschluss Paul-Suhr-Straße
- 7.5. Information zum Verkehrsgarten

- 7.6. Information zur Einbindung Radweg Steg/ Lange Straße
- 7.7. Information zur Verkehrsführung Hansering
Anbindung Joliot-Curie Platz
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen
- 9.1. Anregung der AfD- Stadtratsfraktion zur sofortigen Freigabe der Nordstraße für den öffentlichen Straßenverkehr
Vorlage: VII/2021/03172

Nicht öffentliche Tagesordnung:

- 10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.09.2021
- 11. Beschlussvorlagen
- 12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 13. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 14. Mitteilungen
- 15. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 16. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.09.2021

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 14.09.2021.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie den Beteiligungsbericht 2020
Vorlage: VII/2021/03114**

Herr Rebenstorf führte anhand einer Präsentation in die Beschlussvorlage ein und begründete diese.

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Feigl fragte, wie realistisch es ist, dass die Finanzierung zur Fluthilfemaßnahme weiterhin besteht.

Herr Rebenstorf antwortete, dass für die Maßnahmen bestätigte Förderzusagen vorliegen.

Frau Foerster ergänzte, dass nicht nur eine Zusage vorliegt, sondern auch die entsprechenden Fördermittelbescheide, sodass davon ausgegangen wird, dass die Finanzierung gesichert ist.

Herr Schied stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Herr Feigl bat die Mitglieder, um die Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Vertagung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	vertagt
<u>Abstimmungsergebnis SKE:</u>	8 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung
<u>Abstimmungsergebnis SR:</u>	9 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

zu 4.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie den Beteiligungsbericht 2020
Vorlage: VII/2021/03114

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2022 mit dem Haushaltsplan 2022.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2020 zur Kenntnis.

zu 4.2 Bebauungsplan Nr. 92., Biologicum Heideallee/Weinbergweg, 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VII/2021/02686

zu 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Bebauungsplan Nr. 92., Biologicum Heideallee/Weinbergweg, 1. Änderung – Aufstellungsbeschluss (VII/2021/02686)
Vorlage: VII/2021/03229

Herr Rebenstorf und **Frau Georg** führten anhand einer Präsentation in die Beschlussvorlage ein, begründeten diese und baten um Zustimmung.

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Frau Winkler führte in den Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI ein und bat um Zustimmung.

Frau Foerster sagte, dass die Verwaltung dem Änderungsantrag nicht folgen und zustimmen kann. Sie begründete dies, da an dieser Stelle Laborräume entstehen, die die entsprechende Zu- und Abluft über die Dachfläche führen und dass Photovoltaik in Verbindung mit Laborgebäuden brandschutztechnisch ein großes Problem dargestellt.

Frau Dr. Kreutzfeldt fragte, ob alternative Energieformen angedacht sind.

Frau Foerster antwortete, dass dies detailliert Vorort geologisch untersucht werden muss, es an der Stelle aber schwierig ist, da der Untergrund sehr felsig ist, sodass zum Beispiel Erdwärme nicht sinnvoll ist.

Herr Rebenstorf ergänzte, dass das, was als Ersatzinvestition erschaffen wird nicht mehr CO₂ produzieren darf als das, was durch die Kohle wegfällt. Er sagte, dass dies bedeutet, dass das Gebäude von der Energiebilanz immer besser dasteht als das, was durch Kohleabbau- oder Verfeuerung an CO₂ imitiert worden wäre. Er sagte, dass mit der TGZ Alternativen besprochen werden und der Änderungsantrag als Anregung mitgenommen wird.

Frau Krimmling-Schoeffler sagte, dass in der Beschlussvorlage zum städtebaulichen Ziel steht, dass eine alternative Ausweisung eines Gewerbegebietes für das TGZ möglich wäre und bat um eine genauere Erläuterung. Sie regte an, dass die Niederschlagswasserrückhalteeinrichtungen priorisiert werden und die Ableitung des Niederschlagswassers nur noch erfolgt, wenn die Rückhalteeinrichtungen voll sind.

Frau Georg antwortete, dass bewusst das Wort „alternativ“ in der Beschlussvorlage steht, da es ein Sondergebiet oder Gewerbegebiet wird, was von der Nutzung abhängt und daher beide Optionen offengehalten werden.

Frau Foerster ergänzte, dass in diesem Areal die universitäre Nutzung weiterhin einen großen Teil einnehmen wird und das TGZ mit seiner Nutzung hinzutritt.

Frau Krimmling-Schoeffler bat darum, dass Herr Schmieder bis zum Stadtrat diesbezüglich genauere Informationen liefert, was mit dem Gebiet geplant ist.

Herr Feigl fragte, wenn im Bebauungsplan ein Gewerbegebiet festgelegt wird, was das für die Zukunft heißt, wenn sich jemand etwas anders überlegt und ob eventuell die Möglichkeit besteht dies entsprechend zu begrenzen.

Frau Foerster antwortete, dass dies detailliert festgesetzt wird, da auch eine Verträglichkeit zwischen der universitären Nutzung und dem, was diese Nutzung ergänzt, besteht. Sie sagte, dass es zum Beispiel in Heide-Süd auch differenzierte Festsetzungen gibt.

Herr Feigl regte zum Änderungsantrag an, dass es ein bisschen offener formuliert wird.

Frau Winkler *unverständlich*

Herr Feigl regte an, sich bis zum Stadtrat nochmal mit der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zusammzusetzen und den Änderungsantrag zu überarbeiten, da dies ein wichtiges Thema ist.

Herr Rebenstorf sagte, dass diesbezüglich nicht nur über Dachflächen, sondern auch über Fassadenflächen nachgedacht werden soll und der Überbegriff „klimaneutrales Haustechnikkonzept“ ist. Er sagte, dass dies im Entwurf in der Offenlage dargelegt wird.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusspunkt 3 wird geändert und erhält folgende Fassung:

3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele **mit folgender Ergänzung:**

3.3. Grünordnerische Ziele und Umweltbelange

- Sicherung der allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse durch schützende Regelungen auf Basis einer Schallimmissionsprognose (§ 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB);
- Überdeckung von offenen Stellplätzen durch Bäume als Maßnahme des Klimaschutzes (§ 1 Abs. 5 BauGB);
- Dach- und Fassadenbegrünung als Maßnahme des Klimaschutzes (§ 1 Abs. 5 BauGB) und zur Niederschlagswasserrückhaltung;
- **Ausstattung von mindestens 50 % der Dachflächen der Gebäude mit Solaranlagen als Maßnahme des Klimaschutzes (§ 1 Abs. 5 BauGB);**
- Erstellung einer Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung, Festsetzung von internen Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung und zum Ausgleich, ggf. Festsetzung von externen Ausgleichsmaßnahmen auf Landesflächen;
- Sicherung wertvoller Gehölzstrukturen im Plangebiet;
- Alleearartige Baumpflanzung auf Privatland am Weinbergweg.

**zu 4.3 Geschäftsordnung für den Gestaltungsbeirat (3. Änderung)
Vorlage: VII/2021/02986**

Frau Georg führte in die Beschlussvorlage ein, begründete diese und bat um Zustimmung.

Da es keine Wortmeldungen gab, bat der Ausschussvorsitzende **Herr Feigl** die Mitglieder um die Abstimmung der Beschlussvorlage.

**zu 4.3 Geschäftsordnung für den Gestaltungsbeirat (3. Änderung)
Vorlage: VII/2021/02986**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die 3. Änderung der Geschäftsordnung für den Gestaltungsbeirat der Stadt Halle (Saale).

zu 4.4 Mitgliedschaft im Gestaltungsbeirat 2021 - 2023

Herr Rebenstorf führte in die Beschlussvorlage ein, begründete diese und bat um Zustimmung.

Herr Feigl merkte an, dass er die Zusammenarbeit mit den Mitgliedern im Gremium schätzt und warb für eine Verlängerung.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat der Ausschussvorsitzende **Herr Feigl** die Mitglieder um die Abstimmung der Beschlussvorlage.

zu 4.4 Mitgliedschaft im Gestaltungsbeirat 2021 - 2023
Vorlage: VII/2021/02925

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat bestätigt für folgende Mitglieder die Verlängerung (außerordentliche Verlängerung) der Mitgliedschaft für den Zeitraum vom 31.10.2021 bis zum 01.11.2023:

Frau Prof. Barbara Engel, Dr.-Ing. Architektin
Vorsitzende Gestaltungsbeirat
(Karlsruher Institut für Technologie),

Frau Susanne Wartzeck, Architektin (BDA – Präsidentin)
(Sturm und Wartzeck GmbH, Dipperz)

zu 4.5 Kleingartenkonzeption Halle (Saale), 1. Fortschreibung
Vorlage: VII/2021/02768

Frau Mischutin führte anhand einer Präsentation in die Beschlussvorlage ein und begründete diese.

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Frau Krimling-Schoeffler fragte, ob die Finanzierung für den Rückbau in der Förderrichtlinie mit dabei ist und wenn nicht, wo das Geld hergenommen wird.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die angegebenen 10.000 EUR aus der Förderung für die Kleingärten sind, die langfristig eine Entwicklungsperspektive haben. Er merkte zur Konzeption an, dass die Handlungsakteure die Kleingartenvereine sind und diese selbst entscheiden, ob sie an diesem eher schwierigen Standort standhaft bleiben oder gemeinsam mit der Verwaltung und dem Kleingartenverband eine andere Fläche suchen.

Herr Streckenbach fragte, ob geprüft wurde, ob Kleingärten, die nicht mehr benötigt werden für Schulen zur Verfügung gestellt werden können, zum Beispiel für Projekte wie Schulgartenunterricht.

Frau Trettin antwortete, dass dem Kleingartenverein Möglichkeiten aufgezeigt werden und dieser selber entscheiden kann und die Schulgartenkooperation eine davon ist. Sie sagte, dass es bei der Konzeption auch darum geht, dass die Förderrichtlinie entsprechend ausgerichtet wird.

Herr Feigl fragte, was das Problem von Leerstand ist und inwieweit die Organisationsstruktur der Gartenanlagen in der Lage ist, Teile ihrer Gesamtfläche zu entwidmen und anderweitig zu nutzen.

Frau Trettin antwortete zum Leerstand, dass dies nur ein Thema ist, wenn es für die Kleingartenanlage ein finanzielles Problem aufwirft, da je weniger Pächter oder Nutzer auf der Anlage, umso höher die Summe für den Einzelnen. Sie sagte, dass mit der Konzeption vermieden wird, dass sich Anlagen auflösen müssen, weil keine Pacht aufgebracht werden kann. Sie merkte an, dass aber von den Vereinen die Ansage kommen muss, dass ein Bedarf besteht.

Herr Feigl fragte, ob, wenn die Stadt eine Fläche anders gewidmet hat, zum Beispiel als Wald, dann die Pacht entsprechend herausgenommen wird.

Frau Trettin bejahte dies.

Herr Schied fragte zur Präsentation bezüglich Bebauungsplan Nr. 179 Sandbirkenweg, ob die Entwidmungen und Bebauungen sich zum Sandbirkenweg beziehen.

Herr Rebenstorf bejahte dies.

Frau Krimmling-Schoeffler wies nochmals auf das Problem Leerstand hin und fragte, ob es Bestrebungen von der Verwaltung gibt oder der Stadtverband der Gartenfreunde Halle/Saale e. V. mit dem Landesverband in Verbindung steht.

Herr Rebenstorf bat um das Rederecht für Herrn Jürgen Maßalsky, dem Vorsitzenden des Stadtverbandes der Gartenfreunde Halle/Saale e. V.

Herr Feigl bat um die Abstimmung für das Rederecht für Herrn Jürgen Maßalsky.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Herr Maßalsky bedankte sich zuerst bei der Stadtverwaltung für die Unterstützung. Er sagte, dass die Konzeption zum Erhalt der Kleingartenanlage dient und nicht für den Rückbau, da dies nur über Fördermittel läuft. Er merkte an, dass mit Rückbaukosten von 6.000 bis 7.000 EUR pro Gartenparzelle gerechnet wird und dies vom Stadtverband nicht gestemmt werden kann. Herr Maßalsky sagte, dass mehr Fördermittel benötigt werden, um das Problem Leerstand zu beseitigen und um den Leerstand zu verringern Maßnahmen, wie das Projekt „Klasse in Grün“ durchgeführt werden.

Herr Eigendorf sagte, dass an das Thema Rückbau gedacht werden muss und dass mit dem Konzept gute Rahmenbedingungen geschaffen wurden und die Projekte mit den Schulen und Kitas lobenswert sind. Er merkte an, dass die Parkflächen weiterhin trotzdem geringgehalten werden sollen und dass die Beschlussvorlage heute entscheidungsreif ist.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat der Ausschussvorsitzende **Herr Feigl** die Mitglieder um die Abstimmung der Beschlussvorlage.

zu 4.5 Kleingartenkonzeption Halle (Saale), 1. Fortschreibung
Vorlage: VII/2021/02768

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die 1. Fortschreibung der Kleingartenkonzeption Halle (Saale) als Handlungsgrundlage zur Weiterentwicklung des Kleingartenwesens im Stadtgebiet.
2. Die Kleingartenkonzeption soll nach Ablauf von 5 Jahren evaluiert und bei Bedarf fortgeschrieben werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die bestehende Haushaltsstelle für Ausgaben zur Verbesserung des Kleingartenwesens in Umsetzung der Kleingartenkonzeption beizubehalten.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Inhalte der Förderrichtlinie zur „Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens“ in der Stadt Halle (Saale) entsprechend an die Ziele der Fortschreibung der Kleingartenkonzeption anzupassen.

zu 4.6 Baubeschluss zur Skateanlage Zanderweg
Vorlage: VII/2021/02970

Frau Trettin führte anhand einer Präsentation in die Beschlussvorlage ein und begründete diese.

Herr Feigl lobte, dass immer eine Kinderbeteiligung stattfindet und die Vereine mit einbezogen und befragt werden.

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Da es keine Wortmeldungen gab, bat der Ausschussvorsitzende **Herr Feigl** die Mitglieder um die Abstimmung der Beschlussvorlage.

zu 4.6 Baubeschluss zur Skateanlage Zanderweg
Vorlage: VII/2021/02970

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung

1. Der Stadtrat beschließt, für die Neugestaltung der Skateanlage Zanderweg auf den Variantenbeschluss zu verzichten.
2. Der Stadtrat beschließt die bauliche Realisierung der Skateanlage Zanderweg.

**zu 4.7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 143, Kröllwitz, Kreuzvorwerk, 2. Änderung - Satzungsbeschluss
Vorlage: VII/2021/02418**

Frau Krimmling-Schoeffler befand sich im Mitwirkungsverbot nach § 33 KVG LSA und hat daher nicht an der Abstimmung und Diskussion zum TOP 4.7 teilgenommen.

Frau Georg führte anhand einer Präsentation in die Beschlussvorlage ein, begründete diese und bat um Zustimmung.

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Frau Krimmling-Schoeffler merkte an, dass sie sich im Mitwirkungsverbot befindet.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat der Ausschussvorsitzende **Herr Feigl** die Mitglieder um die Abstimmung der Beschlussvorlage.

**zu 4.7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 143, Kröllwitz, Kreuzvorwerk, 2. Änderung - Satzungsbeschluss
Vorlage: VII/2021/02418**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 143 Kröllwitz, Kreuzvorwerk, 2. Änderung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), den textlichen Festsetzungen (Teil B) und dem Vorhaben- und Erschließungsplan (Teil C), gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 04.05.2021 als Satzung.
2. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der vorgelegten Fassung vom 04.05.2021 wird gebilligt.

**zu 4.8 Baubeschluss zum barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen Karl-Ernst-Weg A – C in Halle-Trotha
Vorlage: VII/2021/02918**

Frau Foerster führte anhand einer Präsentation in die Beschlussvorlage ein und begründete diese.

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Da es keine Wortmeldungen gab, bat der Ausschussvorsitzende **Herr Feigl** die Mitglieder um die Abstimmung der Beschlussvorlage.

zu 4.8 Baubeschluss zum barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen Karl-Ernst-Weg A – C in Halle-Trotha
Vorlage: VII/2021/02918

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben beschließt den barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen Karl-Ernst-Weg A bis C in Halle-Trotha

zu 4.9 Stadtbahnprogramm Halle (Saale), Paul-Suhr-Straße - Variantenbeschluss
Vorlage: VII/2021/02912

Abstimmungsergebnis: durch die Verwaltung vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Vorzugsvariante 4 der Vorplanung zum Ausbau der Paul-Suhr-Straße wird als Grundlage für die weitere Planung bestätigt.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es gab keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Aktueller Stand Straßenbauprojekte

Frau Foerster informierte anhand einer Präsentation zu den aktuellen Straßenbauprojekten Glauchaer Platz, Nordstraße und Robert-Franz Ring.

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

zu 7.2 Information zum Stadteingang Frohe Zukunft

Herr Rebenstorf berichtete anhand einer Präsentation zum Stadteingang Frohe Zukunft.

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Feigl merkte an, dass an dieser Stelle ein großer Parkplatz angelegt wird, in einem Gebiet, wo eine Fortführung des Waldes denkbar ist und bat daher um eine Begründung.

Des Weiteren sagte er, dass erst kürzlich die Wohnbauflächenkonzeption beschlossen wurde, bei dieser das Gebiet noch nicht involviert war. Er bat darum, die kleineren Einzelprojekte auch im Zusammenhang mit den übergreifenden, konzeptionellen Erarbeitungen zu sehen. Er bat um Erläuterung.

Herr Rebenstorf antwortete, dass der Parkplatz nicht für das Quartier dient, sondern als Park & Ride genutzt wird. Er betonte, dass dies nur Platzhalter sind und keine abschließende Entscheidung. Herr Rebenstorf informierte, dass weitere Entwicklungen zum Thema Straßenbahn, Nahversorgungsbereich mit Wohnbereich und dem Universitätssport vorgenommen werden und Beschlussvorlagen folgen.

zu 7.3 Satzung zur Förderung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben für den öffentlichen Personennahverkehr für die Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2021/03029

Herr Rebenstorf und **Herr Roesler** informierten anhand einer Präsentation zur Satzung zur Förderung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben für den öffentlichen Personennahverkehr für die Stadt Halle (Saale).

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

zu 7.4 Information zum Variantenbeschluss Paul-Suhr-Straße

Frau Foerster und **Herr Otto** informierten anhand einer Präsentation zum Variantenbeschluss Paul-Suhr-Straße.

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Feigl fragte zur Diesterwegstraße, ob es eine Option ist, die zwei Abbiegespuren aus der Diesterwegstraße auf die Kreuzung drauf, in eine Abbiegespur zu vereinigen, um dadurch mehr Platz für die Einfädelung des Radverkehrs zu gewinnen.

Herr Otto antwortete, dass dies eher schwierig für die Leistungsfähigkeit ist, weil der Linksabbieger alles blockiert und auch kein Vorteil für die Radfahrer entsteht.

Herr Feigl regte an, dass der Radweg ein Stück weiter in die Diesterwegstraße fortgeführt wird und sagte, dass auf der südlichen Fahrbahnseite die Radverkehrsanlage sehr schmal ist.

Herr Otto sagte, dass die Hinweise mitgenommen werden.

zu 7.5 Information zum Verkehrsgarten

Frau Trettin informierte zum Verkehrsgarten.

Herr Schied fragte zur Anbindung zum Peißnitzhaus, ob diese hier wegfällt oder anders finanziert wird. Er merkte an, dass etwas anderes beschlossen wurde.

Frau Trettin antwortete, dass die Anbindung an den Ostweg existiert, der Bahnhofsvorplatz noch gemacht wird und die damit verbundene Querachse vom Bahnhof Richtung Peißnitzhaus in einem anderen Plan enthalten sind. Sie fragte, auf welchen Beschluss er sich bezieht.

Herr Schied antwortete, dass er den Beschluss zu den Städtebaufördermitteln meint, welcher beinhaltet, dass parallel der Verbindungsweg zum Peißnitzhaus erneuert wird, um den Bereich in die Erholungslandschaft Peißnitzinsel einzubinden.

Frau Trettin bejahte, dass dies der Beschluss zum Förderantrag ist. Sie sagte, dass kostengünstig eine funktionsfähige Anlage für 10 Jahre saniert wurde. Sie merkte an, dass der Förderbescheid noch nicht vorliegt.

Herr Streckenbach merkte an, dass er davon ausgeht, dass keine Mittel mehr beantragt werden.

Frau Trettin sagte, dass der Förderantrag gestellt wurde und nicht zurückgezogen wird, da mit diesem auch andere Maßnahmen verbunden sind. Sie merkte an, dass wenn der Antrag bewilligt wird, die Gelder umgelegt werden auf andere Maßnahme, wo die Deckung nicht reicht oder wenn die Förderung nicht bewilligt wird, dann die Eigenmittel frei sind, um neue Förderanträge zu stellen.

Herr Schied fragte erneut, ob der angedachten Verbindungsweg zum Peißnitzhaus erfolgt.

Frau Trettin antwortete, dass der Förderantrag nicht zurückgezogen wurde.

Herr Rebenstorf ergänzte, dass wenn der Weg notwendig ist, nach einer Lösung gesucht wird.

zu 7.6 Information zur Einbindung Radweg Steg/ Lange Straße

Frau Foerster und **Herr Rebenstorf** berichteten anhand einer Präsentation zur Einbindung Radweg Steg/ Lange Straße.

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Feigl kritisierte die Verkehrsplanung.

Frau Foerster wies darauf hin, dass dies kein Radweg ist, sondern ein Weg in einer Grünanlage.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Verwaltung für diesen gesamten Straßenraum eine abschließende Lösung im Frühjahr nächsten Jahres vorlegt.

zu 7.7 Information zur Verkehrsführung Hansering Anbindung Joliot-Curie Platz

Herr Otto informierte zur Verkehrsführung Hansering, Anbindung Joliot-Curie-Platz.

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Feigl kritisierte die Verkehrsführung an dieser Stelle und sagte, dass hier eine gefährliche Situation besteht. Er bat um eine erneute Prüfung und Änderung der Verkehrsführung.

Herr Rebenstorf sagte, dass die jetzige Lösung funktioniert und keine Auffälligkeiten bekannt sind.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Frau Winkler zum Carsharing

Frau Winkler sagte, dass aufgrund der Baustellen zwei Carsharing Stationen am Reileck geschlossen werden mussten und TeilAuto die Stadtverwaltung nach Ausweichparkplätzen fragte. Sie fragte, ob eine Lösung gefunden wurde.

Herr Rebenstorf sicherte eine Information im nächsten Planungsausschuss zu.

zu 8.2 Herr Sprung zum Waschsalon am Universitätsring 10

Herr Sprung merkte erneut an, dass ein Waschsalon im Universitätsring 10, über keine Lärmdämpfungen verfügt, sodass eine erhöhte Geräuschkulisse im Hinterhof besteht und die Anwohner belästigt werden. Er fragte, ob es für eine solche Art von Gewerbebetrieben Auflagen gibt, was die Schallemission angeht und wenn diese Auflagen bestehen, ob diese auch kontrolliert werden.

Herr Rebenstorf sicherte eine Antwort im nächsten Planungsausschuss zu.

zu 8.3 Herr Schied zur Bernburger Straße

Herr Schied merkte zur Bernburger Straße an, dass viele Schlaglöcher auf der neuen Radverkehrsanlage vorhanden sind. Er fragte, ob hier eine Erneuerung vorgenommen wird.

Frau Foerster sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.4 Frau Dr. Kreutzfeldt zu einem Spielplatz in Seeben

Frau Dr. Kreutzfeldt sagte, dass die Planungen zum Spielplatz in Seeben nicht weitergehen und bat diesbezüglich, um einen Ablaufplan und ein Zeitfenster, wann dieser umgesetzt wird beziehungsweise, ob dieser überhaupt erfolgt.

Herr Rebenstorf antwortete, dass der Spielplatz definitiv errichtet wird und sicherte eine Beantwortung auf die vorliegende Mail zu der Thematik der Fraktion BÜNDNIS 90/ Die Grünen zu.

zu 9 Anregungen

**zu 9.1 Anregung der AfD- Stadtratsfraktion zur sofortigen Freigabe der Nordstraße für den öffentlichen Straßenverkehr
Vorlage: VII/2021/03172**

Herr Feigl merkte an, dass an dieser Stelle der übertragene Wirkungskreis berührt wird und der Planungsausschuss diesbezüglich nicht zuständig ist.

Herr Sehrndt sagte, dass es Zeitüberschneidungen gab und dass sich daher die Anregung erledigt hat.

Da es keine weiteren Anregungen gab, beendete **Herr Feigl** die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

**zu 9.1 Anregung der AfD- Stadtratsfraktion zur sofortigen Freigabe der Nordstraße für den öffentlichen Straßenverkehr
Vorlage: VII/2021/03172**

Seit Ende Juli 2021 ist die Nordstraße vollständig gesperrt, um einen Kreisverkehr und einen Radweg zu bauen. Dies führt seitdem zu einer nötigen Umfahrung über Nietleben bzw. Neustadt, die umfangreiche Staubildungen einschließt. Auch die Bewohner eines Wohngebietes in Dörlau sind betroffen, über welches zahlreiche Autofahrer versuchen den Stau oder Umwege abzukürzen.

Nun hat die Stadtverwaltung am Freitag (01.10.) bekannt gegeben, dass sich die für Montag den 04.10. geplante Öffnung um weitere zwei Wochen verschiebe. Gleichzeitig wurde aber ab dem 04.10. durch die Deutsche Bahn der Bahnübergang Nietleben gesperrt, womit nun sämtliche Umfahrungen ausschließlich über die Neustadt verlaufen. Die Staubildung verschärft sich entsprechend. Umso gravierender ist die Situation, weil für jeden ersichtlich, der Bau des Kreisverkehrs und der zuführenden Straßen eigentlich abgeschlossen ist und nun nur noch der Radweg gebaut wird. Eine Privilegierung des ÖPNV ist daher nicht zu rechtfertigen. Hier besteht die Gefahr, dass der gesellschaftliche Frieden in Gefahr gerät. Das Unverständnis der Einwohnerschaft zeigte sich darin, dass in der Folge der Ankündigung der Verlängerung der Sperrung, die Anwohner bereits die Absperrungen über das Wochenende beseitigt hatten.

Wir regen daher an die Vollsperrung der Nordstraße aufzuheben.

Datum: 10.11.21

Christian Feigl
Ausschussvorsitzender

Vanessa Gaebel
stellvertretende Protokollführerin